

22.12.97



Letzte Sitzung des Münchehagen-Plenums: Zweite Mediatorin, Ruth Hammerbacher, Vorsitzender Fritz Anhelm, die frühere Landespolitikerin Bärbel Tewes-Heisecke und am Pult Klaus Eggerking vom Umweltministerium (von links).
Foto: Reckleben

Schuldzuweisungen beenden die Mediation

Schlagabtausch im letzten Münchehagen-Plenum

Loccum (re). Die Landesregierung hatte das Vermittlungsverfahren (Mediation) zur Sicherung und Sanierung der Giftdeponie Münchehagen beendet. In der letzten Sitzung des Münchehagen-Plenums in der Loccumer Akademie gaben sich Beteiligte teilweise gegenseitig Schuld am Scheitern des einst bundesweit gepriesenen Verfahrens, das trotz aller Streitigkeit bis zu einem bestimmten Grad Erfolg gezeigt habe. Redner hoffen auf eine neue Zusammenarbeit, um Sicherungsansprüche auf eine gemeinsame Linie zu bringen.

Die beteiligten Kommunen halten ihren Sicherungs- und Sanierungsanspruch wegen erfolgter Gerichtsurteile aufrecht und werfen der Landesregierung deren Ignorierung vor. Davon ausgehend sehen die Kommunen Rehburg-Loccum, Petershagen, Wiedensahl und Niedernwöhren im Gegensatz zur Bezirksregierung gute Chancen, die vom Land zunächst gestrichenen Sickerwasserbehandlungsanlagen doch noch durchzusetzen. Dabei werfen die Kommunen den Fachämtern vor, Umweltministerium und Landtag nicht über den Stand ihrer Erkenntnisse bzw. Absichten unterrichtet zu haben.

Beispiel für Umgang mit Betroffenen

„Aus der Erklärung, daß Münchehagen ein Beispiel dafür ist, wie man mit Sonderabfall nicht umgehen sollte, aber ein Beispiel dafür werden sollte, wie

und behördlicher Ignoranz kündigt er langwierige Auseinandersetzungen auf allen Ebenen an und hofft auf eine Münchehagen-Mediation III.

Die ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete Bärbel Tewes-Heisecke sprach von einem Erfolg der Mediation in 1994, wo ein strategischer und operativer Konsens gefunden worden war durch Einvernehmen bei konfliktbeladenem Streit und erheblicher Verbesserung von Transparenz und Streitfragen. Für Bürgerinitiativen, Bürgerbüro, Stadt Rehburg-Loccum und auch für damalige Vertreter des Kreises Nienburg änderten neue Gesichter an der Mediationspitze und Fächämtern die Stimmung.

Für den ehemaligen Mediator, Meinfried Striegnitz, sind Probleme nicht zu personalisieren. Sie liegen an Veränderungen in der Dauer des Verfahrens, in Daten, Erkenntnissen, fachlichen und politischen Bewertungen. Wesentlich dabei, daß Münchehagen seine politische Bedeutung verloren habe.

Der ehemalige StAWA-Leiter, Herfried Lüdecke, macht nicht fachgerechte Äußerungen der Bürgerinitiativen in den Medien und das vom Land finanzierte Bürgerbüro für Störungen verantwortlich. Politiker hätten den Bürgerinitiativen nachgegeben, anstatt den Behörden zu vertrauen. Daher habe es eine zeitliche Verzögerung von bis zwei Jahren und ein Verlust in mehreren zig Millionen Mark gegeben.

der Giftdeponie Mönchshagen beendet. In der letzten Sitzung des Mönchshagen-Plenums in der Loccumer Akademie gaben sich Beteiligte teilweise gegenseitig Schuld am Scheitern des einst bundesweit gepriesenen Verfahrens, das trotz aller Streitigkeit bis zu einem bestimmten Grad Erfolg gezeigt habe. Redner hoffen auf eine neue Zusammenarbeit, um Sicherungsansprüche auf eine gemeinsame Linie zu bringen.

Die beteiligten Kommunen halten ihren Sicherungs- und Sanierungsanspruch wegen erfolgter Gerichtsurteile aufrecht und werfen der Landesregierung deren Ignorierung vor. Davon ausgehend sehen die Kommunen Rehburg-Loccum, Petershagen, Wiedensahl und Niederehören im Gegensatz zur Bezirksregierung gute Chancen, die vom Land zunächst gestrichenen Sickerwasserbehandlungsanlagen doch noch durchzusetzen. Dabei werfen die Kommunen den Fachämtern vor, Umweltministerium und Landtag nicht über den Stand ihrer Erkenntnisse bzw. Absichten unterrichtet zu haben.

Beispiel für Umgang mit Betroffenen

„Aus der Erklärung, daß Mönchshagen ein Beispiel dafür ist, wie man mit Sonderabfall nicht umgehen sollte, aber ein Beispiel dafür werden sollte, wie man mit Altlasten umgeht, ist zumindest ein Beispiel geworden, wie man mit den Betroffenen nicht umgehen sollte“, so Rehburg-Loccums Stadtdirektor Dieter Hüsemann. Von der Deponie würden Beeinträchtigungen und Gefährdungen für Mensch und Umwelt ausgehen. Aus Sicht einer langfristigen Fürsorgepflicht ergebe sich das Sanierungsgebot. Die jetzt vorgesehenen Maßnahmen betrachten die Kommunen als Teilsicherung. Sie bestehen auf rechtsverbindlichen Vereinbarungen und fordern eine öffentliche Beteiligung an Art und Umfang des Überwachungssystems.

Das bekräftigt auch der CDU-Landespolitiker Willi Heineking: Die Überwachung müsse den Beteiligten zugänglich gemacht werden, um nach dem Vertrauensverlust in Behörden und Landesregierung neues zu schaffen. Anlieger Heinrich Brammer kritisiert das Sicherungskonzept. Es verringere den Schadstoffaustrag nicht auf das Machbare. Er begrüßt aber jeden Sicherungsschritt.

Aus Sicht der Mediatorin, Ruth Hammerbacher, ist der Mönchshagen-Ausschuß am Ende. Einen für alle akzeptablen Verhandlungsspielraum sieht sie nicht. Sie hofft auf einen Stil des Umgangs, der an gute Zeiten des Verfahrens knüpft. Den Behörden und der neuen Altlasten-Sicherungsgesellschaft stellt sie anheim ein Maximum an Informationstransparenz sowohl über das Vorankommen als auch über Fehler und Probleme. Fragen, Kritik und Anregungen seien konstruktiv aufzunehmen.

Heinrich Bredemeier vom Bürgerbüro spricht von einer „mafiosen Struktur“ auf Behördenebene, und ein Sprecher der Bürgerinitiative „Stoppt den Giftmüll“ von Verharmlosung, Vertuschung und „arroganter Politik“.

Peter Thiele (BUND) erneuert bekannte Angriffe auf Landesämter und Bezirksregierung. „Es ist gut, daß die Zeit der Aushöhlung und Hintergehung des Runden Tisches zu Ende geht“. Zum Schutz der Region vor Deponiegiften

cheshagen-Mediation III.

Die ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete Bärbel Tewes-Heisecke sprach von einem Erfolg der Mediation in 1994, wo ein strategischer und operativer Konsens gefunden worden war durch Einvernehmen bei konfliktbeladenem Streit und erheblicher Verbesserung von Transparenz und Streitfragen. Für Bürgerinitiativen, Bürgerbüro, Stadt Rehburg-Loccum und auch für damalige Vertreter des Kreises Nienburg änderten neue Gesichter an der Mediationspitze und Fachämtern die Stimmung.

Für den ehemaligen Mediator, Meinfried Striegnitz, sind Probleme nicht zu personalisieren. Sie liegen an Veränderungen in der Dauer des Verfahrens, in Daten, Erkenntnissen, fachlichen und politischen Bewertungen. Wesentlich dabei, daß Mönchshagen seine politische Bedeutung verloren habe.

Der ehemalige StAWA-Leiter, Herfried Lüdecke, macht nicht fachgerechte Äußerungen der Bürgerinitiativen in den Medien und das vom Land finanzierte Bürgerbüro für Störungen verantwortlich. Politiker hätten den Bürgerinitiativen nachgegeben, anstatt den Behörden zu vertrauen. Daher habe es eine zeitliche Verzögerung von bis zwei Jahren und ein Verlust in mehreren zig Millionen Mark gegeben.

Kein gemeinsames Ziel der Beteiligten

Projektkoordinator Günter Nerlich von der Bezirksregierung macht aus Sicht der Fachämter ebenso Bürgerinitiativen wie Laien im Vermittlungsausschuß für fachlich nicht nachvollziehbare Empfehlungen, Scheinprobleme und Rufschädigung der Region verantwortlich. Die zwei vergangenen Jahre hätten gezeigt, die Beteiligten strebten kein gemeinsames Ziel an.

Der Abteilungsleiter im Umweltministerium, Klaus Eggerking, sprach von einem Höchstmaß an Transparenz und sah eine Vielzahl von Gründen im Scheitern der Mediation. Dabei bemängelte er nicht eingehaltene Regeln und Medieninflüsse auf die Politik. Die Personalwechsel empfindet er als hinderlich. Vertrauen sei selten gewesen. Dabei setzt er Verstehen voraus. Ohne dieses gebe es keine Akzeptanz.

Für den Vorsitzenden des Mönchshagen-Plenums, Fritz Anhelm, liegt die Glaubwürdigkeit der Politik darin, daß diese die Sicherungsschritte offen hält. Daher mißt er dem Überwachungssystem eine zentrale Bedeutung bei. „Dieses darf nicht zum Alibi der Politik, sondern muß zum nachvollziehbaren Maßstab für die Notwendigkeit politischer noch nicht entschiedener Sicherungsmaßnahmen werden.“

Wie die meisten Vorredner hält Anhelm als Loccumer Akademiechef die Mediation nach wie vor für ein geeignetes Instrument, problemlösend zu wirken. Allerdings könne dieses ohne ein politisches Umfeld, das dem Verfahren eine Chance gibt, nicht erfolgreich sein: Die Lösung für Mönchshagen war bis zur Umsetzung ausgearbeitet. „Sie ist aber praktisch nicht eingelöst. Ob sie es wird, hängt daran, ob sich der politische Wille dazu findet.“ Die Akademie werde künftig bereit sein, in Sachen Mönchshagen vermittelnd zu wirken, sofern die Beteiligten es ausdrücklich wünschen, kündigt Anhelm an.